

Die neue Realität an den Berner Gerichten

Im Zuge der Massnahmen gegen Covid-19 musste die Berner Gerichtsbarkeit Hunderte Verhandlungen verschieben. Nun läuft der Betrieb wieder an - unter erschwerten Bedingungen.



Text: Cedric Fröhlich

Diese Woche markiert den Auftakt zu einer neuen, einer komplizierteren Realität in den Berner Gerichtssälen. An den Gerichten finden ab sofort wieder vermehrt Verhandlungen statt, von einer Rückkehr zur Normalität indes kann keine Rede sein.

Allein das Berner Obergericht hielt in den letzten Wochen lediglich drei ordentliche Verhandlungen ab, 18 mussten abgesagt werden. Am Regionalgericht Bern-Mittelland wurden seit dem 18. März gar 140 Termine abgesetzt. Bereits davor haben die Zivil- und Strafabteilungen in Bern Verhandlungen verschieben müssen - meist Pandemie-bedingt.

Sämtliche Prozesse müssen in den kommenden Monaten neu angesetzt werden, gehen dereinst unter erschwerten Bedingungen über die Bühne. Die Beteiligten müssen die vom Bundesamt für Gesundheit vorgegebenen Distanzregeln einhalten - vor Gericht heisst das: 2 Meter von einer Schulter zur nächsten. Zusätzlich stehen in vielen Gerichtssälen ab sofort Plexiglasscheiben.

Überhaupt ist die Distanz ein prägendes Element der neuen Realität - auch wenn wieder persönlich verhandelt wird. Einer Distanz auch zum Publikum. Denn das bleibt mit Ausnahme von Medienschaffenden bis auf weiteres ausgeschlossen.

Nicht genügend Säle

Unter diesen Bedingungen also fahren die Berner Gerichte ihren Betrieb wieder hoch. Es gilt den Rückstand aufzuholen, der Corona bedingt entstanden ist. «Es wird zwangsläufig zu einem Rückstau kommen», sagt Obergerichtspräsidentin Annemarie Hubschmid. Betroffen sind im Falle des Obergerichts in erster Linie die Strafrechtliche Abteilung sowie das Handelsgericht, die in den letzten Wochen praktisch sämtliche Verhandlungen absagen oder verschieben mussten.

Im Gegensatz zu den übrigen zivilrechtlichen Verfahren, die grösstenteils schriftlich geführt werden und gemäss Hubschmid praktisch im «Courant normal» erledigt werden, wird im Strafbereich und vor Handelsgericht mehrheitlich mündlich verhandelt: Kläger und Beklagte, Beschuldigte, Rechtsanwältinnen und -anwälte, Staatsanwälte, Richterinnen, Gerichtsschreiber, sie alle müssen im Gerichtssaal sitzen. Was in diesen Tagen verschiedene Probleme mit sich bringt.

Laut Hubschmid ist aufgrund der Massnahmen des BAG die Zahl der verfügbaren Gerichtssäle «sehr eingeschränkt» - es gibt schlicht nicht genügend grosse Säle. Welter sind aufgrund der Tatsache, dass Beschuldigte wie Mitarbeitende des Gerichts einer Risikogruppe angehören können, weitere Absagen und Verschiebungen vorprogrammiert.

Am Anschlag

Gepaart mit dem Umstand, dass das Obergericht selbst in normalen Zelten regelmässig an seine Belastungsgrenzen stösst, ergibt das eine diffizile Ausgangslage. Die Prozessplanung für das kommende Jahr jedenfalls lässt sich nur noch bedingt verdichten. Droht die oberste kantonale Instanz nun unter der Arbeit begraben zu werden?

Laut Obergerichtspräsidentin Annemarie Hubschmid ist es das erklärte Ziel, genau das zu verhindern. Die Mitarbeitenden hätten die letzten Wochen genutzt, kommende Verhandlungen «unter Hochdruck» vorzubereiten. Um den zusätzlichen Aufwand zu bewältigen, werden am Obergericht künftig vermehrt Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter eingesetzt. Hubschmid kündigt an: «Die dringenden Fälle werden wir noch in diesem Jahr durchführen.» Wie lange es dauern wird, bis sämtliche Corona-Pendenzen abgebaut sind, lässt sich aber heute schlicht nicht sagen.

Fest steht, die kommenden Monate werden keine einfachen. «Aber gerade in schwierigen Zeiten ist wichtig, dass die Gerichtsbarkeit für den Rechtssuchenden da ist und verlässlich ist», so Hubschmid. Der Rechtsstaat habe auch unter erschwerten Bedingungen zu funktionieren. «Es ist unser Ziel, so rasch wie möglich wieder auf den Normalbetrieb umzustellen.»

«Sind nicht nach Hause gegangen»

Alles daran setzen, so rasch als möglich aufzuholen, das wollen auch das Regionalgericht Bern-Mittelland und dessen Geschäftsleiterin Judith Hofstetter. Wie am Obergericht fanden in den zurückliegenden Corona-Wochen an der Vorinstanz Verhandlungen statt, die keinen Aufschub duldeten - weil etwa eine Verjährung drohte, das Kindeswohl betroffen war oder weil eine Sicherheitshaft nicht länger verhältnismässig gewesen wäre. Insgesamt waren das an die 20 Prozesse.

Die Mitarbeitenden haben zudem schriftliche Verfahren vorangetrieben, in zivilen Streitigkeiten per Mail oder Telefon vermittelt, Urteilsbegründungen für kommende Verhandlungen vorbereitet. Um den Rückstand so klein wie möglich zu halten. Um Raum zu schaffen für die kommenden Monate. Judith Hofstetter betont: «Wir haben den Bleistift nicht fallen lassen und sind nach Hause gegangen.»